

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan**  
am Donnerstag, dem 16.06.2016 um 17:00 Uhr  
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:  
17:00

Ende:  
19:00

**Vorsitz**

Stv. Jochen Sack

**CDU-Fraktion**

Stv. Nadine Bartz-Jetzki  
Stv. Vincent Endereß  
AM David Schmitz

Vertretung für AM Sven Groters

**SPD-Fraktion**

Stv. Marion Klaus  
AM Hans Lenz  
AM Yvonne Streicher

Vertretung für Stv. Uwe Elker

**WLH-Fraktion**

AM Anneli Schniewind

**FDP-Fraktion**

AM Thomas Kirchhoff

**Schriftführer**

VA Christoph Tober

**stimmberechtigte Mitglieder**

AM Angelika Bachmann-Blumenrath  
AM Hubert Gering  
AM Thomas Krautwig  
AM Dr. Reinhard Pech  
AM Sabine Rother

Vertretung für AM Markus Knaup

**beratende Mitglieder**

Herr Peter Burek  
AM Klaus Faulhaber-Birghan  
AM Markus Helf  
AM Birgit Hunstig  
AM Thomas Küppers  
AM Renate Tappen

Vertretung für AM Heinrich Beyll

**1. Beigeordnete/r**

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

**Verwaltung**

VA Elke Fischer  
StOVR Udo Thal

**Gäste**

Dominik Budych  
Eva Fritschi  
Martin Haesen  
Herr Daniel Oelbracht

**Der Vorsitzende Jochen Sack** eröffnet um 17:00 Uhr die 12. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

Anschließend findet die Verpflichtung von Herrn Klaus Faulhaber-Birghan vom Caritasverband im Kreis Mettmann e. V. als stellvertretendes beratendes Mitglied statt.

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** besteht im **JHA** Konsens, den eingangs von der Verwaltung verteilten Antrag der SPD-Fraktion vom 10.06.2016 „Bericht der Verwaltung über den aktuellen Stand des Online-Anmeldeverfahrens bezüglich der Beteiligung der Kindertagespflegestellen sowie Benennung eines Zeitpunktes der Aufnahme der Kindertagespflegestellen in dieses Verfahren“ (Anlage 1) als ergänzenden Punkt 2.1 in die Tagesordnung aufzunehmen. Der **Vorsitzende** kündigt an, aufgrund von Befangenheit einiger stimmberechtigter Mitglieder über die Beschlusspunkte in TOP 3 (Vorlage 51/109/2016/1) einzeln abstimmen zu lassen.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Jugendfragestunde und Jugendparlament aktuell**

---

#### **Protokoll:**

Der Koordinator des JuPas, **Herr Daniel Oelbracht**, verliest den Zwischenbericht des JuPas (Anlage 2).

### **2./ Gemeindefremde Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen** **Vorlage: 51/108/2016/1**

---

#### **Protokoll:**

Der **Vorsitzende** führt einleitend aus, dass die im Beschlussvorschlag benannten Aufnahmekriterien nachvollziehbar seien und der künftige Aufnahmeprozess eine engere Abstimmung zwischen Verwaltung / Jugendamt und Kindertageseinrichtungen / Trägern erfordern würde. **AM Herr Faulhaber-Birghan** schätzt die Kriterien als ausgewogenen Vorschlag und guten Kompromiss ein, wobei **AM Frau Bachmann-Blumenrath** die Kriterien „Mitarbeiter/innenkind“ sowie „Einzelfallentscheidung“ als besonders relevant für Kindertageseinrichtungen / Träger hervorhebt.

Die **CDU-Fraktion** regt eine Erweiterung des Beschlussvorschlags an, wonach der Verwaltung bzw. dem Jugendamt mehr Befugnisse bei der Einzelfallentscheidung eingeräumt werden sollen. Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass gemäß Erläute-

---

rungstext zu diesem Kriterium (Seite 4 der Vorlage) eine enge Abstimmung zwischen Verwaltung / Jugendamt und Kindertageseinrichtungen / Trägern bereits vorgegeben sei. Die **Verwaltung** schlägt daran anschließend vor, zur Verdeutlichung den Beschlusstext abzuändern und das Wort „Einzelfallentscheidung“ mit dem Erläuterungstext („Aufnahmen, die nicht unter diese Kriterien fallen, sind als Einzelfallentscheidung mit dem Jugendamt abzustimmen“) auszutauschen. **AM Herr Dr. Pech** bittet um ein frühzeitiges Abstimmungsverfahren zwischen Verwaltung / Jugendamt und Kindertageseinrichtungen / Trägern vor dem Start der Platzvergaberunden im Februar. Im **JHA** besteht Konsens, dass Verfahrenskonkretisierungen in der AG 78 zu beraten seien. Dazu schlägt der **Vorsitzende** vor, ergänzend die stellvertretenden JHA-Vorsitzenden in den E-Mail-Verteiler der AG 78 aufzunehmen.

Hinsichtlich des Auftrags aus dem vergangenen Sitzungszyklus, wonach die Verwaltung Ausbaumöglichkeiten in bestehenden Kindertageseinrichtungen prüfen und mögliche Standorte für eine neue Kindertageseinrichtung ermitteln sollte, teilt **AM Frau Bachmann-Blumenrath** mit, dass am Standort „Am Bandenfeld“ eine Ausbauoption um bis zu 2 Gruppen bestünde und die **Verwaltung** mit, dass für eine mögliche Erweiterung am Standort „Robert-Koch-Straße“ eine Machbarkeitsstudie vorgesehen sei. Die **SPD-Fraktion** fragt an, ob darüber hinaus gehende Kapazitäten durch Umwandlungen zweckgebundener Plätze geschaffen werden könnten. Die **Verwaltung** verneint dies unter dem Hinweis auf eine damit verbundene Rückzahlung von Fördermitteln. Anderweitige Gruppenumwandlungen an einzelnen Standorten seien im Rahmen der Kindertagesstättenbedarfsplanung 2017/18 zu konkretisieren.

### **Beschluss:**

Ab dem Kindergartenjahr 2017/18 (Beginn: 1.08.2017) werden in Haaner Kindertageseinrichtungen vorrangig Kinder mit Wohnsitz Haan aufgenommen.

Gemeindefremde Kinder, die die Kriterien

- Umzug nach Haan
- Mitarbeiter/innenkind
- Wohnsitz innerhalb der Grenze einer Haaner Kirchengemeinde
- Berücksichtigung des sog. „Waldorf-Kontingents“

erfüllen, können ebenfalls aufgenommen werden. Aufnahmen, die nicht unter diese Kriterien fallen, sind als Einzelfallentscheidung mit dem Jugendamt abzustimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## 2.1. Bericht der Verwaltung über den aktuellen Stand des Online- / Anmeldeverfahrens bezüglich der Beteiligung der Kindertagespflegestellen sowie Benennung eines Zeitpunktes der Aufnahme der Kindertagespflegestellen in dieses Verfahren - Antrag der SPD-Fraktion vom 10.06.2016

---

### Protokoll:

Die **Verwaltung** berichtet, dass mit der neuesten Version des Anmeldeverfahrens „kitaVM“, die seit 30. Mai 2016 produktiv sei, nun die Möglichkeit gegeben sei, Wartelistenkinder als bereits in der Kindertagespflege betreut zu markieren. Eine darüber hinaus gehende Integration der Kindertagespflege befände sich derzeit in Prüfung. Dazu seien gemeinsam mit den relevanten Akteuren im weiteren Prozess insbesondere Fragen und Voraussetzungen zu konkretisieren wie die technischen Mindestanforderungen, der Ablauf bzw. die Terminierung des Zusage-/Platzvergabe-/Wechselverfahrens, das ggf. abweichend vom Verfahren der Kindertageseinrichtungen zu gestalten sei sowie die Beteiligung aller Haaner Kindertagespflegestellen im Rahmen einer Nutzungsvereinbarung. Da damit voraussichtlich erhebliche Auswirkungen sowohl auf die Platzvergabepraxis in der Kindertagespflege und in den Kindertageseinrichtungen als auch auf die internen Verwaltungsverfahren verbunden seien, sei eine entsprechende Vorlaufzeit erforderlich. Erste Ergebnisse hierzu sollen den KiTa-Trägern und VertreterInnen der Kindertagespflege in der kommenden Sitzung der AG 78 Ende August vorgestellt werden. Die **SPD-Fraktion** kritisiert die Dauer der Integration. Die **CDU-Fraktion** hinterfragt, ob die Markierung als Tagespflegekind auf den ersten Blick ersichtlich sei. Die **Verwaltung** bejaht dies (vgl. Anlage 3). **AM Dr. Pech** erklärt, Antrag sowie Antragsbegründung seien für ihn nicht nachvollziehbar. Ein erhöhtes Maß an Transparenz im Vergabeverfahren sei zwar wünschenswert, führe aber nicht zum erwünschten Ziel einer uneingeschränkten Planungssicherheit für die Kindertagespflege, da der Interessenskonflikt zwischen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege primär mit den Gruppenstrukturen und dem Ü3-Platzfehlbedarf zusammenhänge. Die **WLH-Fraktion** unterstützt diese Einschätzung. Von einem vorsätzlichen Abwerben von Kindern aus der Kindertagespflege durch die Kindertageseinrichtungen könne keine Rede sein. **AM Frau Bachmann-Blumenrath** sieht dieser Argumentation folgend die Kindertageseinrichtungen zu Unrecht kritisiert und weist auf die allgemeinen strukturellen Problemlagen hin, die aus dem KiBiz entstehen würden. Die **SPD-Fraktion** bekräftigt, dass eine gemeinsame Warteliste für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zur Entschärfung des Interessenskonflikts führen könnte. Die **CDU-Fraktion** und **AM Herr Faulhaber-Birghan** plädieren dafür, dass vor dem Hintergrund benannter Problemlagen und Ausbauoptionen (vgl. TOP 2) vordringlich Gruppen des Typs „III“ geschaffen werden sollten. Im JHA besteht Konsens, dass das Thema inhaltlich in der AG 78 weiter zu beraten sei.

### Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

---

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**3./ Ergänzungsvorlage - Finanzierung Kindertageseinrichtungen / Defizitabdeckung**  
**Vorlage: 51/109/2016/1**

---

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende** weist auf eine redaktionelle Änderung im Beschlusstext von Beschlusspunkt 1 hin, in dem das Wort „berücksichtigt“ durch „eingehalten“ auszutauschen sei. **AM Frau Rother** kritisiert die inhaltliche Verknüpfung der Defizitabdeckung mit den Aufnahmekriterien für gemeindefremde Kinder. **AM Herr Dr. Pech** schließt sich dieser Meinung an und bezeichnet den Passus als unverhältnismäßig. **AM Frau Rother** beantragt, den zweiten Absatz von Beschlusspunkt 1 entsprechend zu streichen. Der **Vorsitzende** erklärt hingegen, eine an Bedingungen geknüpfte finanzielle Ausgabe sei vertretbar. Die **Verwaltung** erläutert daraufhin, würden die soeben beschlossenen Kriterien nicht befolgt, könne aus finanzpolitischen Gründen keine Defizitabdeckung erfolgen. **AM Frau Rother** zieht daraufhin ihren Antrag zurück. **AM Herr Faulhaber-Birghan** fragt an, ob von den Regelungen gemäß Beschlussvorschlag auch die zusätzlichen U3-Pauschalen betroffen seien. Die **Verwaltung** bejaht dies. **AM Dr. Pech** bittet die **Verwaltung** um Prüfung des Bezugspunktes der in Beschlusspunkt 2d) genannten „2%“, insbesondere im Vergleich zu den Verwaltungskosten für die städtische Kindertageseinrichtung. Die **Verwaltung** sagt eine inhaltliche Prüfung für den kommenden HFA am 21.06.2016 zu.

**Beschluss:**

1. Die Stadt übernimmt / übernimmt anteilig Aufwendungen der Träger der Kindertageseinrichtungen, soweit von den Trägern in den Verwendungsnachweisen nach Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) nachgewiesene Aufwendungen die Erträge (Defizitabdeckung) übersteigen.

Die Defizitabdeckung für einen Träger / für eine Kindertageseinrichtung erfolgt unter der Maßgabe, dass ab dem Kindergartenjahr 2017/2018 **die vom Rat beschlossenen Kriterien zur Aufnahme gemeindefremder Kinder (siehe Vorlage 51/108/2016/1) durch den Träger / die Kindertageseinrichtung eingehalten werden.**

2. Für die Gewährung eines städtischen Zuschusses zur Abdeckung des Finanzierungsdefizits oberhalb der „KiBiz-Finanzierung“ für ein Kindergartenjahr werden zu Grunde gelegt:
  - a) Grundlage ist der für ein Kindergartenjahr durch den Träger erstellte Verwendungsnachweis.

Ausgangswerte sind die im Verwendungsnachweis ausgewiesenen Erträge

- 
- und Aufwendungen.
- b) Rücklagen nach § 20a KiBiz sind vor Gewährung eines städtischen Zuschusses einzusetzen bzw. bei der Zuschussberechnung in Abzug zu bringen.
- Über Abweichungen hierzu, z. B. bei notwendig anstehenden und aus der Rücklage aufzuwendenden (Unterhaltungs-/Erhaltungs-)Maßnahmen, entscheidet der Rat.
- c1) Für die Personalaufwendungen werden höchstens berücksichtigt der in Anlage zu § 19 KiBiz definierte Personalstundenwert für die Mindestausstattung (= „1. KiBiz-Wert“) zuzüglich der Personalstunden für Leitungsfreistellung, **soweit die Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII keinen höheren Personalstundenwert vorgibt.**
- c2) **Für einen eingruppigen Waldkindergarten, der gemäß Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII als selbständige Einrichtung geführt wird, erfolgt zusätzlich zur Berücksichtigung der Personalaufwendungen nach c1) die Berücksichtigung der Personalaufwendungen für eine weitere geeignete Kraft auf der Grundlage der Empfehlungen des LVR, Landesjugendamtes, „Rahmenbedingungen in Waldkindergärten“ in der jeweils aktualisierten Fassung im Umfang der in der Betriebserlaubnis genannten Betreuungszeit.**
- c3) Überschreiten die im Verwendungsnachweis berechneten Personalstunden ohne Personalstunden für zusätzliche Pauschalen (= Abschnitt III. des Verwendungsnachweises) **den nach c1) oder c2) ermittelten Personalstundenwert**, erfolgt bei der Defizitberechnung eine prozentuale Kürzung der Personalaufwendungen in Höhe der prozentualen Überschreitung der Personalstunden.
- d) Der Höchstwert der zu berücksichtigenden Verwaltungskosten wird auf 2 % der Summe aus Zuschuss des Jugendamtes nach § 20 KiBiz plus Zuschuss Familienzentrum nach § 21 Abs. 4 plus Trägeranteil und 5 KiBiz plus Zuschuss Familienzentrum nach § 21 Abs. 6 und 7 KiBiz festgesetzt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorlage der Verwendungsnachweise für jedes Kindergartenjahr über die Entwicklung zu berichten.
- Haushaltsmittel für den Defizitausgleich sind vom Rat jährlich im Finanzplan zu etatisieren. Die Gewährung eines städtischen Zuschusses zum Defizitausgleich ist jährlich neu durch den Rat zu entscheiden.
4. Unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu 2. a) bis d) erhält die Ev. Kirchengemeinde Haan für die Kindergartenjahre 2012/2013 bis 2014/2015 zur Finanzierung der Aufwendungen oberhalb der Finanzierung nach dem Kinderbildungsgesetz (Defizitabdeckung) einen städtischen Zuschuss in Höhe von 377.926,66 EUR.

### Abstimmungsergebnis:

zu 1.) 13 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung

zu 2a-c1) einstimmig

---

zu c2) einstimmig (AM Rother hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

zu c3) einstimmig

zu d) 13 Ja- und 1 Nein-Stimme

zu 3.) einstimmig

zu 4.) einstimmig (AM Dr. Pech hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

---

#### **4./ Spielflächenleitplanung: Sachstandsbericht der Verwaltung**

---

##### **Protokoll:**

Die **Verwaltung** berichtet von der Jugendwerkstatt am 1. Juni, wo keine zufriedenstellende Beteiligung Jugendlicher hätte erreicht werden können sowie den daraufhin entwickelten Fragebogen (Anlage 4), der sich derzeit im Umlauf an den Schulen befindet. Eine Vorstellung der Befragungsergebnisse sei für die kommende JHA-Sitzung vorgesehen. Der **Vorsitzende** bittet darum, die Dokumentation des Experten-Workshops am 9. März der Niederschrift der heutigen Sitzung ergänzend beizufügen (Anlage 5). Er erklärt, dass mit Erstellung des Spielflächenleitplans der Arbeitsprozess nicht abgeschlossen sei, sondern der JHA sich weiter damit zu befassen habe. Es bittet den JHA um Vorschläge, in welcher Form dies erfolgen solle (z.B. Spielplatzkommission, Unterausschuss Spielplätze o.ä.). Er bittet außerdem die Verwaltung darum, einen konkreten Ansprechpartner im Jugendamt für Spielflächen und Beteiligungsverfahren zu benennen. **AM Herr Faulhaber-Birghan** hinterfragt, ob bei der Planung Mehrgenerationenspielplätze in den Blick genommen worden seien. Der **Vorsitzende** berichtet, dass der Seniorenbeirat bereits Interesse an dem Thema signalisiert hätte.

##### **Beschluss:**

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

##### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## **5./ Beteiligung der Stadt Haan an der Kampagne "Mehr Freiraum für Kinder. Ein Gewinn für alle!": Sachstandsbericht der Verwaltung**

---

### **Protokoll:**

Nach einleitenden Worten durch den **Vorsitzenden** berichtet die **Verwaltung**, dass die für die Kampagne zuständige Straßenverkehrsbehörde im Oktober 2015 gemeinsam mit der Polizeibehörde eine Aktion für mehr Sicherheit im Straßenverkehr für Kinder durchgeführt hätte. Aktuell werde eine Umsetzung des Projekts „Gib mir 7“ mit der Polizeibehörde abgestimmt. Ein Ergebnisbericht sei für den kommenden JHA vorgesehen.

### **Beschluss:**

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## **6./ Beantwortung von Anfragen**

---

### **Protokoll:**

Die **WLH-Fraktion** fragt an, ob sich das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster bzgl. KiTa-Beiträge für jüngere Geschwister von Vorschulkindern auf die Satzung der Stadt Haan auswirke. Die Verwaltung erläutert, dass das Urteil für Haan folgenlos sei, da gemäß Satzung Geschwisterkinder von Kindern im beitragsfreien letzten Kindergartenjahr bereits beitragsfrei gestellt seien.

Der **Stadtelternrat** fragt an, ob die vom Land in Aussicht gestellten Fördermittel für den Ü3-Ausbau für Ausbauprojekte veranschlagt worden seien. Die **Verwaltung** informiert, dass die Mittel für den Neubau der städtischen Kindertageseinrichtung am Standort Robert-Koch-Straße angesetzt worden seien.

## **7./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

Der **Jugendreferent** teilt mit, dass sich nach anfänglich geringer Bereitschaft kurzfristig mehrere Familien in Eu für eine Aufnahme Haaner Jugendlicher bereit erklärt haben. Es seien daher nun freie Plätze für den Jugendaustausch in 2016 verfügbar. Der Jugendreferent teilt weiterhin mit, dass die diesjährige Stadtranderholung am Schulzentrum Walder Straße durchgeführt würde und die ersten drei Ferienwochen

---

bereits ausgebucht seien. Für die letzten drei Ferienwochen seien noch freie Plätze vorhanden.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass am 29. August 2016 der nächste Qualitätszirkel OGS stattfinden würde. Der Vorsitzende teilt weiterhin mit, dass am 31. August 2016 vom ISA-Institut ein Fachtag „Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Ganztagschule“ in Essen durchgeführt werde (Anlage 6).